



**WER KANN
DIE WELT
VERÄNDERN**

Die Welt verändert sich. Viele Menschen fürchten den Verlust sozialer Sicherheit. Daraus versuchen Rechtsextreme Kapital zu schlagen. Sie wollen Vorrechte für Eliten statt Chancengleichheit. Sie wollen Ausgrenzung statt Mitbestimmung.

Eine bessere Zukunft ist möglich – ohne Rechtsextreme. Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren, können die Welt verändern. Wenn viele ihre Stimme erheben – in Vereinen und Verbänden, in Schulen und auf der Arbeit, bei den Wahlen in Gemeinden, Land und Bund –, dann haben Rechtsextreme keine Chance.

.....

KONTAKT

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT,
RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT**
GESCHÄFTSSTELLE IM MINISTERIUM FÜR BILDUNG,
JUGEND UND SPORT

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel.: 0331 8663570
Fax: 0331 8663574
aktionsbuendnis@mbjs.brandenburg.de
www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

INFORMATIONEN

www.aktionsbuendnis.brandenburg.de/die-welt-veraendern

„Wer kann die Welt verändern?“ ist eine Idee von Aktionsbündnis, Opferperspektive e.V. und FLMH.

WIE WOLLEN RECHTSEXTREME DIE SOZIALEN PROBLEME LÖSEN?

Einen Mindestlohn von 8,80 Euro fordert die NPD. Mit der Armutsgrenze hat die Zahl nichts zu tun. Kein Zufall ist wohl, dass in 8,80 Euro die Zahl 88 steckt; zwei Mal der achte Buchstabe des Alphabets: ein Neonazi-Symbol für „Heil Hitler“.

Die Arbeitslosigkeit bekämpfen, das wollen NPD und DVU nicht durch mehr Arbeitsplätze. Stattdessen sollen Frauen und Ausländer vom Arbeitsmarkt verdrängt werden. In ihrer Welt ist der Platz von Frauen an Heim und Herd. Menschen, die nicht in ihr Wahnbild einer „reinrassigen Volksgemeinschaft“ passen, wollen sie berauben und ausgrenzen.

WELCHE WELT WOLLEN DIE RECHTSEXTREMEN?

In ihrer Welt sind nicht alle gleich viel wert, darum sollen auch nicht alle gleiche Bildungschancen haben. Gelder für Kindertagesstätten wollen sie streichen, Gesamtschulen abschaffen. Es passt ihnen nicht, dass Kinder verschiedener Schichten und Kulturen gemeinsam lernen. Frauen, Arbeiter und Ausländer brauchen ihrer Meinung nach sowieso kein Abitur, weil die Unis nur noch für die „Elite“ sein sollen.

Die Rechtsextremen wollen soziale Benachteiligungen verschärfen. Sie meinen, dass Menschen „von Natur aus ungleich“ sind und deshalb auch keine Chancengleichheit verdienen. In ihrer Welt hat eine „Elite“ Vorrechte, alle anderen werden „geführt“, und wer nicht in ihre „Volksgemeinschaft“ passt, wird „ausgegliedert“.

WER ENTSCHEIDET ÜBER DIE ZUKUNFT?

Jeder Mensch ist gleich an Rechten und niemand darf benachteiligt werden. Aus gutem Grund steht das am Anfang der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes. Denn nach der Befreiung von der Nazi-Herrschaft sollte nie wieder eine „Elite“ Menschen ausgrenzen und berauben können.

In der Demokratie streiten Parteien, Verbände und Bürgerinitiativen um den richtigen Weg. Das Volk kann die Regierung frei wählen. Jeder kann seine Meinung sagen und ohne Angst dafür eintreten. Dafür gingen 1989 Hunderttausende auf die Straße. Heute, zwanzig Jahre später, gibt es gute Gründe, die Meinungsfreiheit und das Recht auf freie Wahlen zu nutzen.

ES IST MÖGLICH, DIE WELT ZU VERÄNDERN

Wir erleben die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1929. Alle werden ihre Auswirkungen spüren. Welche Politik die richtige ist, das geht alle an. Jede Stimme für eine demokratische Partei ist eine Stimme gegen die Rechtsextremen.

Viele engagieren sich in Initiativen, Verbänden und Kampagnen, um für ihre Ziele zu streiten und die Probleme zu lösen, die ihnen auf den Nägeln brennen: gute Arbeit, Kinderbetreuung und Bildungschancen, gegen Rechtsextreme, für Zukunftsperspektiven in der Region. Bürgerinnen und Bürger können erfolgreich sein, wenn sie zusammen Verantwortung übernehmen.

BEISPIEL BOMBODROM

Bürgerinnen und Bürger standen auf, weil sie in ihrer Region keine Sperrgebiete und Bombenkrater wollten. Sie haben alle überzeugt, dass eine freie Heide besser für Mensch, Natur und Wirtschaft ist: die Gemeinderäte, die Kreistage, die Landesregierungen, den Bundestag und am Ende auch die Bundeswehr.

BEISPIEL HALBE

Bürgerinnen und Bürger standen auf, weil sie auf dem Waldfriedhof keinen Wallfahrtsort für Nazis wollen. Jedes Mal, wenn die Braunen zum „Heldengedenken“ aufmarschieren, stellen sie sich ihnen entgegen. In der Gemeinde wird offen diskutiert, wie den Menschen, die in den letzten Kriegstagen hier starben, angemessen gedacht werden soll.

Wenn sich viele Menschen engagieren, in Vereinen und Verbänden, in der Schule und in der Gemeinde, genauso wie bei Landtags- und Bundestagswahlen, dann erreichen sie etwas. Wenn viele ihre Stimme erheben, dann haben Rechtsextreme keine Chance.

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN GEWALT, RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

www.aktionsbuendnis.brandenburg.de

MITGLIEDER DES AKTIONSBÜNDNISSES SIND

Aktionsbündnis für Demokratie und Toleranz in der Stadt Brandenburg an der Havel – Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe – AndersARTIG – Antirassistisches Jugendbündnis Aktion Noteingang – Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam – Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft – Brandenburgische Landesrektorenkonferenz – Bündnis gegen Rechts Falkensee – Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus in Wittstock und Umgebung – Bürgerstiftung Barnim Uckermark – Cottbuser Aufbruch – Demokratie und Integration Brandenburg – Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg – Deutscher Journalistenverband – Deutscher Richterbund – DOMOWINA–Regionalverband Niederlausitz – Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz – Erzbistum Berlin der Römisch-Katholischen Kirche – Finsterwalder Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Toleranz – Flüchtlingsrat Brandenburg – Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt Oranienburg – Forum gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Lübbenau/Spreewald – Handwerkskammer Potsdam – Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg – Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg – Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg – Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeauftragten – Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung – Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Einrichtungen – Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur – Landesbauernverband – Landesjugendring – Landeselternrat – Landeskommmando Brandenburg der Bundeswehr – Landeslehrerrat – Landeschülerrat – Landessportbund – Landesverband der Jüdischen Gemeinden – Landesverband des Brandenburgischen Kulturbund – Landkreistag – Uta Leichsenring – Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege – Lübbener Forum gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Mieterbund Land Brandenburg – Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde – Nordbahngemeinden mit Courage – Opferperspektive – Plattform gegen Rechts Frankfurt (Oder) – Plattform gegen Rechts Fürstenwalde – Erardo Cristoforo Rautenberg – Runder Tisch gegen Extremismus Forst (Lausitz) – Runder Tisch für Ausländer–gegen Gewalt Spremberg – Schöneicher Bündnis für Demokratie und Toleranz – Christoph Schroth – Seniorenrat – Städte- und Gemeindebund – Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten – Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg – Hans-Jürgen Wende – Werderaner Bündnis KURAGE für Kulturaustausch, gegen Rassismus und Gewalt

DAS AKTIONSBÜNDNIS IST PARTNER

des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung.